

## **Nein zum totalen Überwachungsstaat! (2009)**

*Die geplante Einrichtung von Internetfiltern, Onlinedurchsuchungen und die Vorratsdatenspeicherung als Weg in den totalen Überwachungsstaat lehnen wir ab. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder in Bundes- und Landesregierungen sowie im Europäischen Parlament auf, die von der CDU, ihrem Bundesinnenminister und der Bundesfamilienministerin geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich der Internetkontrolle und -zensur abzulehnen.*

*Wir verlangen von der SPD als traditionelle Bürgerrechtspartei insbesondere das Eintreten für folgende Punkte:*

### **1. ONLINEDURCHSUCHUNG**

*Die Bundesregierung plant, ohne konkreten Verdachtsmoment heimlich Computer auszuspähen, d.h., so genannte Bundestrojaner unbemerkt auf Computer von Verdächtigen einzuspeisen, die dort Vorgänge überwachen und aufzeichnen. Inakzeptabel an dieser Praxis ist vor allem, dass die Betroffenen keine Kenntnis von diesem Vorgang haben. Damit findet ein unerträglicher Eingriff in die (per Grundgesetz geschützte) Privatsphäre der Betroffenen statt. Eine Durchsuchung des Computers könnte erst erfolgen, wenn dies durch einen Gerichtsentscheid angeordnet wurde.*

### **2. INTERNETZENSUR UND -SPERRUNGEN**

*Die Einführung von Filtern für das Internet durch staatliche Organe oder Programme ist abzulehnen. Sie stellen einen nicht hinnehmbaren und unverhältnismäßigen staatlichen Eingriff in die Freiheit und Privatsphäre des Einzelnen dar. Jede/r Nutzer/in muss selbst entscheiden können, ob er/ sie eine Filtersoftware nutzt, diese darf jedoch nicht von staatlicher Seite verordnet werden. Die vollständige oder teilweise Sperrung von Internetzugängen ist abzulehnen. Wir wollen eine äquivalente Strafverfolgung für Inhalte unabhängig vom Medium.*

### **3. VORRATSDATENSPEICHERUNG**

*Die Vorratsdatenspeicherung bedeutet, dass Informationen über sämtliche Kommunikationsvorgänge aller EU-Bürger mittels Telefon, Handy, E-Mail oder Internet auf Vorrat gespeichert werden sollen. Ein Informant(inn)enschutz, der Schutz des Anwalts-, Arzt- und Seelsorgegeheimnis ist dadurch nicht mehr zu gewährleisten. Eine vertrauliche Kommunikation ist nach Einführung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr möglich sein, wenn man nicht hohen technischen und logistischen Aufwand für Verschlüsselung und Anonymisierung betreiben kann und will. Des Weiteren erzeugt diese Anordnung einen hohen bürokratischen und technischen Aufwand. Sie ist im Sinne der im Grundgesetz verbürgten Gewährung der Privatsphäre des Einzelnen rückgängig zu machen.*

### **4. AUFGEKLÄRTER UMGANG MIT FREIEN MEDIEN**

*Wir wollen die Einführung der Medienerziehung an den Schulen, um den Umgang mit dem freien Medium Internet zu lernen.*

#### Begründung:

Anstatt immer nur zu reagieren, muss die SPD sich offensiv als Verteidigerin und Bewahrerin der im Grundgesetz verbürgten Bürger(innen)rechte positionieren. Die bestehenden Gesetze bieten unserer Meinung nach den Sicherheitsbehörden genügend Spielraum, um präventiv bzw. strafverfolgend tätig zu werden, auch bei Straftaten, die im bzw. über das Internet begangen werden. Online-Verbrechen und ihre Täter werden aber durch Filter-Programme und Internetsperrungen nicht erreicht. Sie können diese mit wenig technischem Wissen umgehen. Es wäre ein fatales Signal, das bestimmende Medium des 21. Jahrhunderts mit einem staatlich verordneten Filter zu belegen. Mal abgesehen von dem technischen und finanziellen Aufwand, den eine solche Filter-Maßnahme verursachen würde, würde sie einen weit reichenden Eingriff in die Informationsfreiheit des Einzelnen bedeuten. Die Einführung einer solchen Zensur- bzw. Filter-Maßnahme würde weiteren staatlichen Begehrlichkeiten den Weg ebnen und ist daher abzulehnen. Das Internet darf nicht aus Furcht vor den Gefahren dieses Mediums unter Generalverdacht gestellt werden.

Wir wollen keine Gesetze, die:

Online-Durchsuchungen möglich machen.

das Zeugnisverweigerungsrecht für ÄrztInnen, JuristInnen und JournalistInnen weiter einschränken.

die Wohnungen und Privatsphären unbeteiligter Dritter einer umfangreichen Überwachung und sogar Wohnungsdurchsuchungen zugänglich machen.

den Staat aus der Benachrichtigungspflicht an den BürgerInnen über eine Ermittlung weitgehend entbinden.

staatliche Zensurmaßnahmen für das wichtigste Medium unserer Zeit vorsehen.

Die Freiheit des Grundgesetzes darf nicht zu Tode gesichert werden! Auch innerhalb einer großen Koalition muss es möglich sein, solche eigenen Inhalte offensiv zu vertreten.